

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Vorsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Therna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Verkaufpreis: Die 6gespaltene Beilage 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., amtlich 30 Pfg., Reklameteil (Spzp.) 40 Pfg., Tabell. Satz 50 Pfg., Aufschlag. Bei unbenutzten geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Strahler nicht haltbar.



Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Beilage 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., amtlich 30 Pfg., Reklameteil (Spzp.) 40 Pfg., Tabell. Satz 50 Pfg., Aufschlag. Bei unbenutzten geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Strahler nicht haltbar.

Bemerkung: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Güntz, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 86

Donnerstag, den 17. Juli 1924

35. Jahrgang

Amthliches.

Freitag, den 18. Juli 1924 vorm. 9 Uhr soll in Naunhof im Gashof „Stadt Leipzig“ eine vollständig moderne Wohnungseinrichtung meistbietend öffentlich versteigert werden.
Grimma, den 14. Juli 1924.
Q 123/24 Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Sonabend, den 19. Juli, vorm. 10 Uhr soll in Naunhof im Gashof „Stadt Leipzig“ eine Eischlampe meistbietend öffentlich versteigert werden.
Grimma, den 16. Juli 1924.
Q 663/25 Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Grimma.

Auhholversteigerung. Staatsforstrevier Naunhof.
Mittwoch, den 23. Juli 1924 von vorm. 10 Uhr an im Ratsstube in Naunhof: 283 fl. Sidme 10—29 cm, Röhre: 1236 fl. u. h. 7—36 cm, 8 elch. 16—62 cm, Wdt. 10, 14, 16, 51.
Forstamt Naunhof. Forsthaus Grimma.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Reichspräsident und der Reichskanzler haben zum 10. August ihren Besuch in Münster angekündigt.
- In Berlin haben Verhandlungen über die Regelung der Ein- und Ausfuhr zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei begonnen.
- Die Reichsregierung hat ein Gesetz über die Prägung von Gold- und Silbermünzen beschlossen.
- Frankreich hat in Bezug gegen das deutsch-schwedische Wirtschaftsabkommen Protest eingelegt.
- Der italienisch-jugoslawische Handelsvertrag ist in Belgrad unterzeichnet worden.

Die Eröffnung der Konferenz.

Begrüßung durch Macdonald.
(Erster Tag.) London, 16. Juli.
Rund um 11 Uhr trafen die Delegierten der Interalliierten Konferenz im Auswärtigen Amt ein und begaben sich in die Räume des Staatssekretärs. Nach wenigen Minuten privater Unterhaltungen wurde die Sitzung offiziell eröffnet. In der Mitte des hufeisenförmigen Verhandlungstisches saß der britische Ministerpräsident. Zu seiner Rechten saßen Herriot, Clementel, General Rollet und Beretti della Rocca, zu seiner Linken die beiden anderen englischen Delegierten, Schanklandee Philipp Snowden und Unterstaatssekretär Sir E. Grey. Neben den Franzosen saßen die Italiener unter Führung von Finanzminister de Stefani, ferner die Belgier Theunis und Symans. Schließlich der portugiesische Botschafter Norton de Matos. Links von den englischen Delegierten saßen der amerikanische Botschafter Kellogg und Oberst Logan, sodann die beiden japanischen Delegierten, der griechische, der rumänische und der jugoslawische Gesandte. Insgesamt also die Vertreter von 11 Staaten.
Die Sitzung wurde eingeleitet mit einer Begrüßungssprache Macdonalds, in der er die Teilnehmer willkommen hieß und einen Überblick über die Aufgaben der Konferenz gab. Sodann wurde die Formalität der Wahl des Präsidenten der Konferenz erledigt. Natürlich fiel die Wahl auf Macdonald. Sodann wurde die Frage der Berichterstattung über die Konferenz erörtert, ferner die Zusammenfassung des Sekretariats der Konferenz und ihre Tagesordnung bestimmt.

„Alles der Konferenz überlassen.“

Allo wieder einmal eine Konferenz!
Wir Deutsche leben ja diesen Konferenzen, durch langjährige Erfahrung belehrt, mit starkem Misstrauen entgegen. Auch diesmal hat es sich wieder eingestellt, obwohl es eine Zeitlang geschienen hatte, als ob am Horizont ein Silberstreif aufzutauchen, endlich die Nacht des Misstrauens und des Hasses verdrängen würde. Man hat auf den neuen französischen Ministerpräsidenten Herriot noch größeres Vertrauen gesetzt als auf seinen englischen Kollegen Macdonald, aber selbst in deutschen politischen Kreisen, die dem französischen Ministerpräsidenten parteimäßig nahe stehen, wird offen zugegeben, daß Herriot mit seinen Absichten tatsächlich gescheitert ist, gegenüber einer Tradition, die in der Persönlichkeit Poincarés gipfelte, nicht hat ankommen können, daß diese Tradition stärker ist als sein Solien und Können.
Neben Herriot nimmt sein Staatssekretär an der Londoner Konferenz teil, derselbe, der auch Staatssekretär unter Poincaré und entschlossener Vertreter der poincaréischen Politik war. Wie Bancos Geiß, nur für Macbeth schreibbar, so wird auch der Geist Poincarés dort in London am Konferenzisch sitzen, und Herriots Augen werden auf ihn starren, werden jene Tradition nicht vergessen.
Aus der einen Konferenz sind ja nun zwei geworden, — aber die wichtigere von beiden ist die Vorkonferenz, die jetzt begonnen hat. Denn jetzt sollen sich die Alliierten einigen, und Deutschland hat dann auf der Hauptkonferenz praktisch doch nur das Recht, das jetzt von den Alliierten ausgearbeitete Programm zu unterschreiben. Unser Botschafter in

Paris hat ja noch versucht, dem französischen Ministerpräsidenten vor der Konferenz das Notwendige über die Auffassung der Reichsregierung zu sagen; er soll dabei auch von der großen Hoffnung gesprochen haben, mit der die Demofrazen Deutschlands die Erklärung Herriots über die neue französische Politik aufgenommen haben, und wie stark nun die Enttäuschung im Reich werden müsse, wenn die Erwartungen sich nicht erfüllen würden. Herriot hat sich aber gehütet, über unverbindliche Nebenarten hinauszugehen, er wollte ohne jedes Gepäd irgendwelcher Versprechungen nach London gehen. Abgesehen ist es bekanntlich schon einmal einem französischen Ministerpräsidenten sehr schlecht bekommen, als er zu einer Reparationskonferenz ging und dabei an Deutschland Zugeständnisse von recht winzigem Umfange machte: Als Briand in Cannes verhandelte, hat man in Paris währenddessen die Mine gelockt, die ihn dann in die Luft gesprengt hat.
Alles der Konferenz überlassen — das ist die Parole, mit der Herriot nach London gegangen ist; aber er hat schon gewisse Erklärungen gegeben, die seine Marschroute von vornherein festlegte: Wahrung der Stellung der Reparationskommission als oberster Instanz, besondere Garantien militärisch-politischer Art für die Sicherheit Frankreichs und jede Nachgiebigkeit Frankreichs Deutschland gegenüber erst von einem Augenblicke ab, in dem die deutschen Verpflichtungen auf Grund des Sachverständigenrats nicht etwa nur in Kraft gesetzt sind, sondern für Frankreich bereits finanzielle Erträge erzielt haben. In diesen drei Punkten gibt es für Herriot kein Nachgeben. Und nach den Erfahrungen, die wir bisher mit Macdonald gemacht haben, ist nicht daran zu zweifeln, daß England zu jeder Nachgiebigkeit entschlossen ist, um die Konferenz überhaupt zu irgendeinem Ergebnis zu führen.
Wie es heißt, sollen in London von der Konferenz sofort vier Unterausschüsse gebildet werden, die die Goldnotenbank, die Eisenbahnen, die politischen Fragen und schließlich die militärischen Fragen in Sonderberatungen durchsprechen sollen. In der Plenarkonferenz wird man dann erst die Ergebnisse dieser Arbeit zum Gegenstand der entscheidenden Beschlüsse machen.
Und Deutschland? Nicht einmal das scheint sicher zu sein, daß man uns zur Hauptkonferenz einladet. Man schiebt wieder einmal die Reparationskommission ganz nach vorn und verlangt von uns, daß ihre Beschlüsse und Meinungen für uns maßgebend sein sollen. Das widerspricht natürlich schmerzhaft jedem Versuch einer vernünftigen Auseinandersetzung zwischen uns und der Entente, die in dem Sachverständigenrat wenigstens eingeleitet worden ist. Die Hoffnungen, von denen unser Botschafter in Paris Herriot gegenüber sprach, sind aber tatsächlich in den letzten Wochen schon ziemlich ganz geschwunden, und die hartnäckige Weigerung, Deutschland dem Geist des Sachverständigenrats gemäß als gleichberechtigten Partner anzuerkennen, wird auch dem letzten Hoffnungsstrahl in Deutschland die Augen öffnen.
Wir glauben nicht daran, daß mit dem heutigen Tage eine neue Epoche in der Weltgeschichte anhebt, trotz Herriots und trotz Macdonalds Ministerpräsidentenschaft. Deutschland hat alles getan, die Bestimmungen des Sachverständigenrats durchzuführen, hat die Gesandtschaft für die Goldnotenbank, für die Umstellung der Reichsbahn, für die Industrieobligationen ausgearbeitet, hat seinen guten Willen nach jeder Richtung hin dokumentiert, — doch von der Gegenseite ist bisher nicht ein einziger Schritt des Entgegenkommens erfolgt. Im Ruhrgebiet erfolgen immer neue Anforderungen von Kasernenbauten und Schießplätzen, denkt der Franzose nicht daran, von seinen angemachten Rechten auch nur ein Deut nachzulassen. Wir wollen also nicht hoffen und können es nicht, weil die Wirklichkeit uns dieses Hoffen verbietet.

Was die Repfo fordert.

Wann ist der Dawes-Bericht ausgeführt?
Die Reparationskommission hat sich mit der Frage beschäftigt, wann der Dawes-Bericht als ausgeführt anzusehen sei. Sie hat nach einer von ihr selbst bezifferten Mittelung einstimmig beschlossen, daß die Inkraftsetzung des Sachverständigenrats durch Deutschland folgendes verlangt:
1. Die Annahme der für das Funktionieren des Planes erforderlichen Gesetze in der von der Reparationskommission genehmigten Form durch den Reichstag und deren Verhängung.
2. Die Einrichtung aller im Plan vorgesehenen Ausführungs- und Kontrollorgane zum Zweck des normalen Funktionierens.
3. Die endgültige Errichtung der Bank und der Reichseisenbahngesellschaft gemäß den Bestimmungen der dem Sachverständigenrat entsprechenden Gesetze.
4. Die Übergabe an den Treuhänder von Zertifikaten für die Eisenbahnobligationen und von ähnlichen Zertifikaten für die im Bericht des Organisationskomitees vorgesehenen Industrieobligationen.
5. Abschluß von Beiträgen, durch die die Unterbringung der Anleihe von 800 Millionen Goldmark nach der Inkraft-

setzung des Planes und nach der Erfüllung aller Bedingungen des Sachverständigenplans sichergestellt wird.
Der letzte Punkt soll Gegenstand der lebhaftesten Auseinandersetzung innerhalb der Reparationskommission gewesen sein. Der englische Delegierte soll erklärt haben, daß die Platzierung der Anleihe schwierig, wenn nicht unmöglich sein werde, wenn die deutsche Wirtschaftstätigkeit nicht vorher wiederhergestellt sei. Herriot hat seine ganzen dialektischen Überredungskünste aufzubringen gehabt, um den englischen Delegierten zu überzeugen.

Die deutschen Gesetze.

Nachdem bereits vor einigen Tagen das Gesetz über die Goldnotenbank der Reparationskommission überreicht werden konnte, haben jetzt auch die Organisationskommission für die Eisenbahnen und für die Industrieobligationen ihre Arbeiten beendet, so daß sie der Repfo zur Kenntnisnahme unterbreitet werden können. Nun hat diese das Wort, und wenn sie die Sache nicht auf die lange Bank schiebt, sondern rasch handelt, wird unsere Regierung bald in der Lage sein, die Gesetze an den Reichstag gelangen zu lassen, dem letzten Endes die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung zusteht. Deutschland ist seinen Pflichten bisher nachgekommen und wird es weiter tun. Mögen nur die anderen unserem Beispiel folgen. Etwas hat auch die Reparationskommission bereits getan, sie hat das amerikanische Mitglied des Sachverständigenrats auszusuchen Owen Young zu dem im Sachverständigenrat vorgesehenen Sachwalter für die Reparationszahlungen ernannt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Konferenz der Finanzminister.
Auch die zweite Konferenz der deutschen Finanzminister, deren Verhandlungen sich in der Hauptsache um die Zahlung der Restlaufsumme aus dem Übergang der Eisenbahnen an das Reich drehten, hat zu einem abschließenden Ergebnis nicht geführt. Es handelte sich vor allem um die Abfindungen, die durch die Inflation fast vollständig entwertet wurden. Das Reich ist grundsätzlich bereit, den Wünschen der Länder bezüglich der Zahlung der Restlaufsumme entgegenzukommen, und der Gang der Verhandlungen berechtigt zu der Hoffnung, daß bis zur dritten Konferenz, die demnächst zusammentreten soll, eine Grundlagel gefunden wird, auf der eine Einigung möglich ist.
Die Heimkehrer trotzen.
Nach einer Meldung aus Bochum richtete die Befehlshaberbehörde an das Befehlshaberamt eine Note, betreffend die Wiedereinstellung der ausgewiesenen deutschen Beamten, in der es u. a. heißt: Es ist die Frage gestellt worden, welches die Lage der ausgewiesenen deutschen Beamten sei, die berechtigt sind, in deutsche Gebiete zurückzufahren. Diese Frage ist folgendermaßen entschieden: Die Zurücknahme der Ausweisung der oben bezeichneten Beamten stellt keine Aufhebung der Abweisung dar, die die Ausweisung mit vollem Recht begleitete. Wenn der frühere Beamte eine neue Stellung oder Beschäftigung im besetzten Gebiet annimmt, so muß er, wenn nicht eine direkte Vollmacht vorliegt, neuerdings hierzu ernannt werden. Diese Ernennung unterliegt der Prüfung des Generals.
Die Feierschichten im Ruhrbergbau.
Die Nachrichten über die Einlegung von Feierschichten des Ruhrbergbaus wegen Abfahrmangels haben in den letzten Tagen einen erschreckenden Umfang angenommen. Wie gemeldet wird, hat allein die Gelsenkirchener Bergbau-Aktiengesellschaft an den ersten Tagen dieser Woche auf acht ihrer Zechen je eine Feierschicht einlegen lassen müssen. Bei der Harpener Bergbau-Gesellschaft mußte am 12. Juli auf fünf ihrer Zechen der Betrieb wegen Abfahrmangels vollständig stillgelegt werden. Der Umstand, daß die Zechen zu derartigen Maßnahmen greifen müssen trotz der am 1. Juli eingetretenen Kohlenpreiserhöhung um 20 % kennzeichnet deutlich die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage.

Deutsch-Österreich.

Der Kampf um die Beamtenbesoldung. Die Lage der schon seit längerer Zeit durch den Kampf um die Gehälter der Beamten in ihrem Bestande gefährdeten Regierung hat sich neuerdings noch erheblich verschlechtert. Der Streit geht in der Hauptsache um die Pensionen der Abgebauten, die 90 % ihrer aktiven Bezüge verlangen, während die Regierung nicht über 78 % hinausgeben zu können erklärt. Nicht nur die Sozialdemokraten unterstützen die Forderungen der Beamten mit Entschiedenheit, sondern auch die Großdeutschen. Ihre Fraktion im Nationalrat hat der Regierung mitgeteilt, daß sie von der Erfüllung ihrer Wünsche ihr Verbleiben in der Regierungskoalition abhängig mache.
Norwegen.
Der Kampf um den Altschiff. In Norwegen ist ein leidenschaftlicher Kampf um die Aufhebung des Altschiff-